

POLICY BRIEF

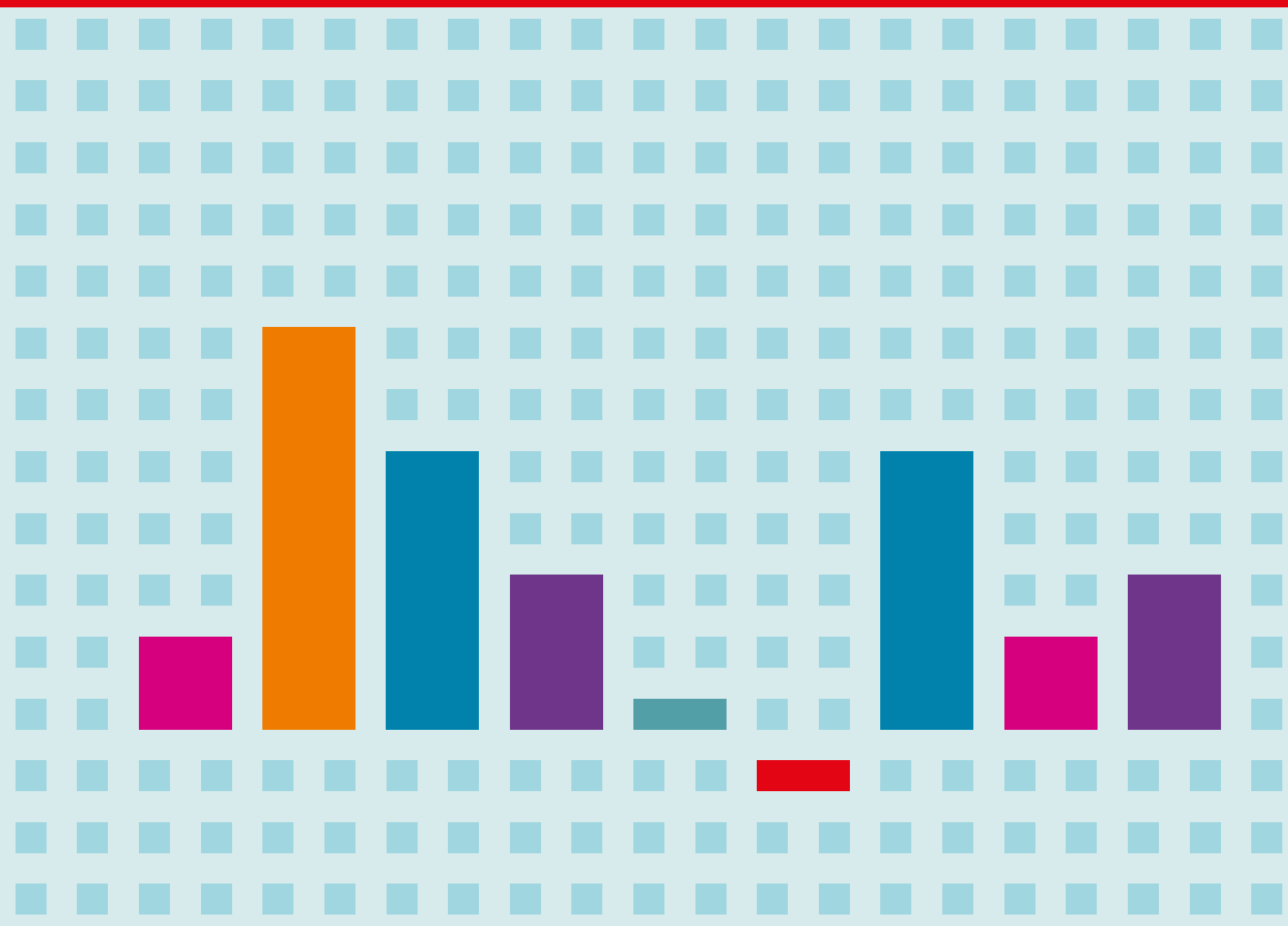
IMK Policy Brief Nr. 224 · September 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

**Inflation steigt im August 2026 auf 2,9 %, Kraftstoffpreise auf
historischem Höchststand**

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation steigt im August 2026 auf 2,9 %, Kraftstoffpreise auf historischem Höchststand

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Die Inflationsrate in Deutschland ist im August 2026 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 % gestiegen. Der Anstieg der Kraftstoffpreise hätte eine sogar noch höhere Inflation bewirkt, aber der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln verringerte sich und die Kernrate ohne Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verharrte bei 2,4 %.

Die HVPI-Inflation lag mit ebenfalls 2,9 % unter der Inflationsrate des Euro-raums (3,2 %), die Dienstleistungsteuerung nahm wie auch im VPI ab.

Die kräftigere Teuerung bei den Kraftstoffpreisen (27,7 % nach 23,0 % im Juli 2026) wirkte sich bei Familien mit geringen und mittleren Einkommen am stärksten aus, die Inflationsraten lagen aber überwiegend nah beieinander.

Die Europäische Zentralbank kann die aktuellen Inflationstreiber durch Zinserhöhungen nicht wirksam bekämpfen, hat aber dennoch im September die Finanzierungskosten für die ohnehin stark belastete Wirtschaft erneut erhöht. Richtig ist, dass der Energiepreisschock kräftiger und länger ausfällt als zunächst erwartet. Daher dürften die indirekten Effekte – beispielsweise infolge höherer Transportkosten – stärker ausfallen und die Gefahr von Zweit-rundeneffekten zunehmen. Aktuell aber lässt die Lohndynamik nach und der Arbeitsmarkt schwächt sich ab. Die Teuerung bei Dienstleistungen im Euro-raum hat sich im August verringert und die Kernrate ohne Energie und Nah-rungsmittel ist gesunken. Die EZB muss angesichts des Energiepreisschocks zwar wachsam sein. Einen hinreichenden Grund, die Konjunktur durch Zins-erhöhungen zusätzlich zu schwächen, gibt es derzeit aber nicht.

Inhaltsverzeichnis

<i>Raffineriemargen treiben Kraftstoffpreise</i>	2
<i>Nahrungsmittelteuerung niedrig und weiter gesunken</i>	4
<i>Geringere Dienstleistungsteuerung, Kernrate verharrt bei 2,4 %</i>	5
<i>Kraftstoffteuerung dominiert Anstieg der haushaltsspezifischen Inflationsraten</i>	5
<i>HVPI-Inflation niedriger in Deutschland als im Euroraum</i>	8
<i>Weiterhin kein hinreichender Grund die Konjunktur zinspolitisch zu dämpfen</i>	8
<i>Anhang</i>	10
<i>Literatur</i>	12

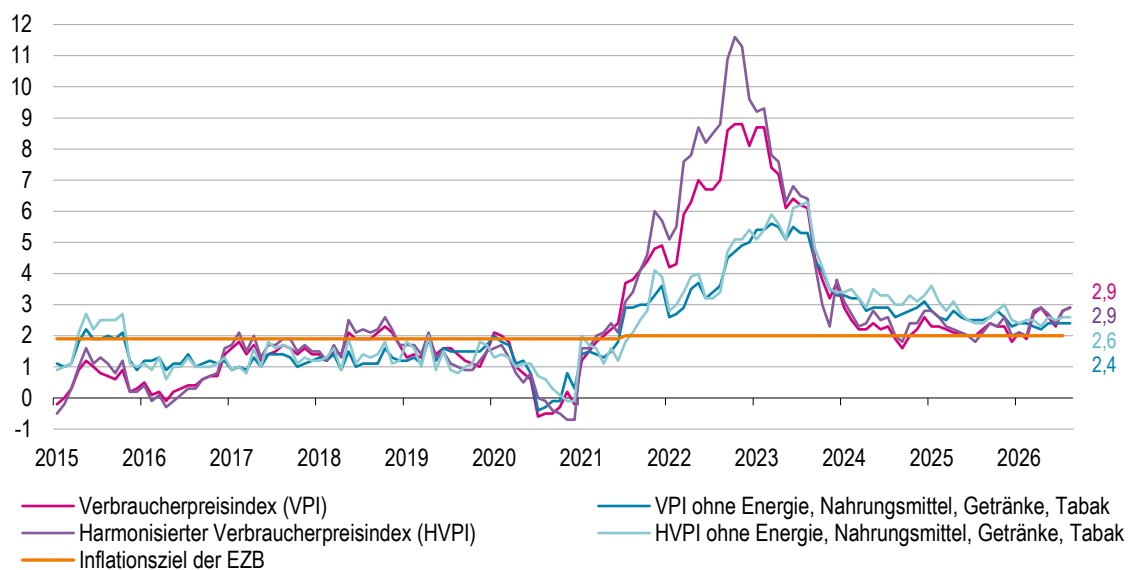
¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

Raffineriemargen treiben Kraftstoffpreise

Die Inflationsrate in Deutschland erhöhte sich im August 2026 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 % (Abbildung 1),² wobei der Preisanstieg bei Kraftstoffen und Heizöl für sich genommen einen noch stärkeren Anstieg bewirkt hätte. Die Teuerung von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak verringerte sich auf 1,0 % nach 1,3 % in den beiden Vormonaten. Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verharrte bei 2,4 %, ³ obwohl sich die Dienstleistungsteuerung auf 2,8 % abschwächte, da die Warenpreise in der Kernrate verstärkt anzogen (1,9 % nach 1,5 %). Energie verteuerte sich verstärkt um 10,5 %, wobei die Preise für Strom und Erdgas noch rückläufig waren.

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland

Januar 2015 – August 2026, Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Der Anstieg der Inflation von 1,8 % im Dezember 2025 auf 2,9 % im August 2026 erklärt sich vollständig durch die verstärkte Teuerung von Kraftstoffen und Heizöl. Sie stieg von -0,9 % auf 29,2 %, wodurch sich der Inflationsbeitrag von Kraftstoffen und Heizöl sogar um 1,2 Prozentpunkte erhöhte.

Mit 2,15 Euro kostete ein Liter Super E10 im August 2026 durchschnittlich 50 Cent mehr als im Dezember 2025, bei Diesel waren es mit 2,22 Euro sogar 62 Cent mehr. Da der Rohölpreis (Brent) – nach seinem Hoch im April 2026 – im August 2026 nur noch um durchschnittlich 25 Euro je Fass (159 Liter) über dem Niveau von Dezember 2025 lag (Abbildung 2), erklärt der Rohölpreis nur einen Anstieg der beiden Kraftstoffpreise um rund 16 ct/l. Weitere 3 Cent gehen auf den

² Die Inflationsrate wird als prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gemessen.

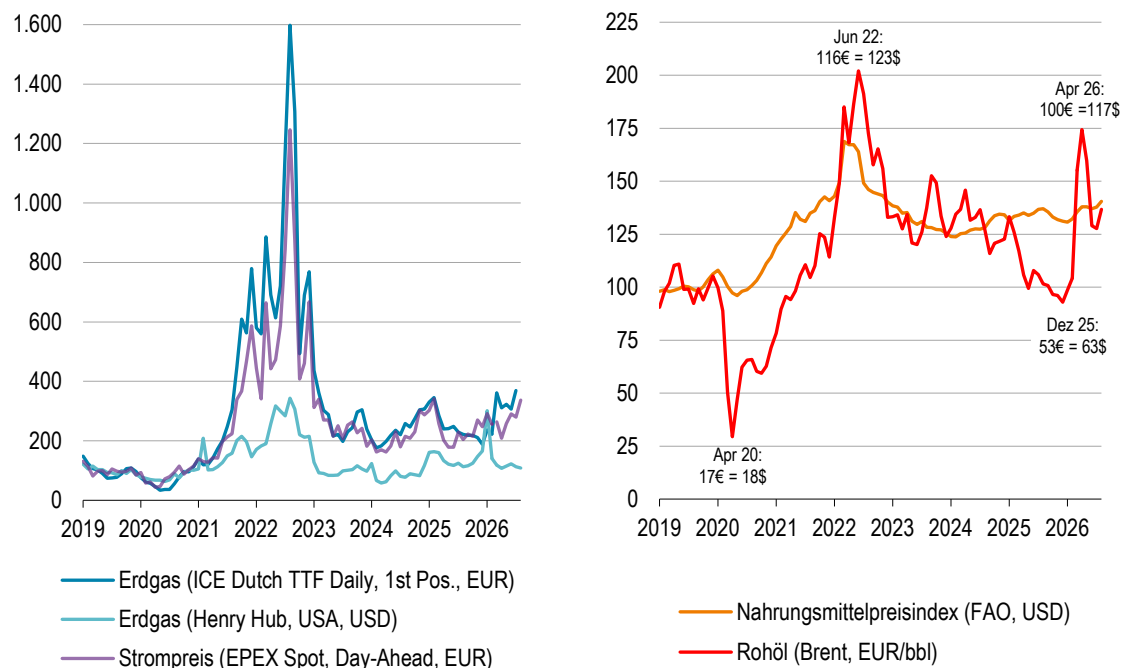
³ Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kernrate blieb im August 2026 bei ebenfalls 2,4 %. Das Statistische Bundesamt lässt neben Energie nur Nahrungsmittel im engen Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel einschließlich alkoholfreier und alkoholischer Getränke sowie Tabakwaren herausgerechnet werden.

Anstieg des CO₂-Preises zu Jahresbeginn zurück und 8 ct/l (Super E10) bzw. 10 ct/l (Diesel) auf die Mehrwertsteuer.⁴

Ausschlaggebend für den deutlichen, darüber hinaus gehenden Preisanstieg war der Anstieg der Raffineriekosten/-margen aufgrund verminderter Kapazitäten durch den Irankrieg und verstärkte ukrainische Angriffe auf russische Raffinerien und Exportinfrastruktur (IEA 2026a und 2026b). Die Raffineriemargen haben sich zwischen Dezember 2025 und August 2026 bei Benzin um etwa 14 ct/l und bei Diesel um etwa 30 ct/l erhöht und damit insgesamt merklich stärker als der Rohölpreis.⁵ Berechnungen der EZB für den Euroraum zeigen eine sehr ähnliche Ausweitung der Differenz zwischen dem Preis von Rohöl und dem raffinierten Produkt – dem sogenannten Cracksread – zwischen Februar und Juli 2026 um 25 ct/l für Diesel und 19 ct/l für Benzin (Kuik et al. 2026).⁶

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise

Index 2019=100, Januar 2019 – August 2026, Monatsdurchschnittswerte



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration; Berechnungen des IMK.



Bei den Vertriebskosten und -margen deuten die Berechnungen der EZB für den Euroraum auf einen Rückgang hin, und zwar um 6 ct/l bei Diesel und 3 ct/l bei Benzin zwischen Februar und

⁴ Festgelegt wurde für 2026 eine Spanne von 55-65 Euro je ausgestoßener Tonne CO₂ und damit 5-10 Euro mehr als im Jahr 2025. Die Auktionen im Juli 2026 ergaben einen Preis von 65 Euro (EEX 2026). Ein Anstieg des CO₂-Preises um 10 Euro je Tonne erhöht den Preis von Super E10 und Diesel um etwa 2,5 ct/l bzw. 3,2 ct/l einschließlich Mehrwertsteuer; berechnet auf Grundlage des Emissionsfaktors für Super E10 in Umweltbundesamt (2022) und den Angaben für Diesel in Auf der Maur et al. (2022).

⁵ Berechnet als Differenz zwischen dem Literpreis in Euro für den europäischen Referenzpreis für schwefelarmen Dieselmotorkraftstoff, ICE Low Sulphur Gasoil (future, 1st Position), bzw. dem Eurobob Gasoline FOB Rotterdam barges und dem Referenzpreis für Nordseeöl, Brent, ebenfalls umgerechnet auf Euro und Liter.

⁶ Die Monatsdurchschnitte für Juli 2026 reichen bei Kuik et al. (2026) nur bis zur Woche vom 20. Juli.

Juli 2026 (Kuik et al. 2026). In Deutschland scheinen die Vertriebskosten/-margen hingegen bei Diesel um 4 ct/l und bei Super E10 um 10 ct/l gestiegen zu sein.⁷ Dabei dürfte sich zum einen die seit April 2026 geltende Zwölf-Uhr-Regel widerspiegeln, der zufolge Tankstellen ihre Preise nur um 12 Uhr mittags erhöhen, aber jederzeit senken dürfen. Diese Regel dürfte die Kraftstoffpreise systematisch erhöht haben, da sich Tankstellenbetreiber mit besonders starken Erhöhungen gegen das Risiko steigender Großhandelspreise in den folgenden 24 Stunden absichern. Schätzungen reichen bis zu 6 ct/l im Fall von Benzin (Jung et al. 2026). Auch dürfte der niedrige Pegelstand des Rheins die Transportkosten erhöht haben, wobei es insbesondere bei Benzin auch zu regionalen Knappheiten kam, die sich positiv auf die Vertriebsmarge ausgewirkt haben könnten.

Insgesamt lagen die Preise für Kraft- und Schmierstoffe in Deutschland im August 2026 um 27,6 % höher als ein Jahr zuvor und kletterten damit auf ein historisches Rekordniveau. Höchststände wurden auch in Italien, in Spanien und im Euroraum insgesamt erreicht, während in Frankreich wohl infolge der Selbstverpflichtung des Marktführers TotalEnergies, die Margen zu begrenzen, der Rekordwert der Kraftstoffpreise von April 2026 leicht unterschritten wurden.

In den großen Ländern des Euroraums außer Deutschland stiegen die Preise für Strom bzw. Gas teilweise deutlich. Daher war der Anstieg der Energiepreise in Deutschland mit 10,5 % gemessen am VPI bzw. 9,4 % gemessen am HVPI weiterhin geringer als im Euroraum insgesamt (14,3 %). Grund hierfür war die staatliche Übernahme eines Teils der Netzentgelte und die Abschaffung der Gasspeicherumlage in Deutschland zu Jahresbeginn sowie die üblicherweise zwölfmonatige Vertragsdauer bei Erdgas und Strom. Dadurch lagen die Verbraucherpreise für Strom und Erdgas trotz des Anstiegs der Großhandelspreise (Abbildung 2) weiterhin unter dem Vorjahresniveau, und zwar um 5,5 % bzw. 2,9 %. Obwohl sich Heizöl mit 31,7 % stärker verteuerte als zuvor (Juli 2026: 22,0 %)⁸ sanken die Preise für Haushaltsenergie insgesamt daher mit -0,7 % noch (Juli 2026: -1,4 %). Unter den großen Euroländern stiegen die Energiepreise in Spanien und Italien mit jeweils 17,1 % am stärksten, gefolgt von Frankreich (16,5 %) und den Niederlanden (11,8 %).

Nahrungsmittelteuerung niedrig und weiter gesunken

Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel im engen Sinne betrug im August 2026 nur 0,1 %, nach 0,4 % in den drei Monaten zuvor. Günstiger als vor einem Jahr waren dabei Speisefette und Speiseöle (-15,3 %, darunter Butter: -29,9 %), Molkereiprodukte (-5,5 %) und Obst (-1,8 % nach -0,3 %). Bei Zucker, Marmelade, Schokolade und anderen Süßwaren (2,5 % nach 4,0 %), Fisch und Fischwaren (4,4 % nach 5,0 %) sowie Brot und Getreideerzeugnissen (1,3 % nach 1,4 %) hat sich der Preisanstieg abgeschwächt, während er bei Eiern nochmal leicht auf 15,2 % gestiegen ist. Weiter abgeschwächt hat sich der Preisanstieg bei Fleisch und Fleischwaren (1,5 % nach 1,9 %), während sich Gemüse (3,8 % nach 2,8 %) verstärkt verteuerte. Die Teuerung blieb bei

⁷ Die Mehrwertsteuereinnahmen erhöhten sich ebenfalls um 0,7 ct/l. Die Veränderung der Vertriebskosten/-margen entspricht der Veränderung der Differenz zwischen dem jeweiligen Kraftstoffpreis ohne Mehrwertsteuer und der Summe aus Raffineriekosten/-margen, Rohölkosten und Steueränderungen (in diesem Fall dem Anstieg des CO₂-Preises im Jahr 2026).

⁸ Einschließlich Betriebskosten in Mehrfamilienhäusern. Für Haushalte mit eigener Ölheizung war die Heiztankfüllung im August 2026 um 49,6 % teurer als ein Jahr zuvor (Juli 2026: 34,7 %).

alkoholischen Getränken niedrig (1,2 % nach 1,8 % im Juli 2026) und verringerte sich bei alkoholfreien Getränken erneut (-0,3 % nach 0,9 %), während der maßgeblich steuerbedingte Preisauftrieb bei Tabakwaren mit unverändert 6,0 % weiter kräftig ausfiel.

Auch im Euroraum insgesamt blieb die Teuerung bei Nahrungsmitteln gering, wobei sich Nahrungsmittel im weiten Sinne, also einschließlich alkoholfreier Getränke, Alkohol und Tabak, moderat mit unverändert 1,2 % verteuerten. Ohne den Energiepreisschock infolge des Irankriegs wäre die Teuerung vermutlich noch niedriger ausgefallen, da die deutlich gestiegenen Energiepreise die Kosten der Produktion und des Transports erhöhen.

Geringere Dienstleistungsteuerung, Kernrate verharrt bei 2,4 %

Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak lag im August 2026 mit 2,4 % auf demselben Niveau wie in den drei Vormonaten und den ersten beiden Monaten des Jahres; im Verlauf von 2025 war sie von 2,8 % auf 2,3 % gefallen (Abbildung 1).

Die Kernrate basiert zu 65,2 % auf den Preisen aller Dienstleistungen im Verbraucherpreisindex. Diese stiegen zuletzt um 2,8 % und damit etwas schwächer als in den Monaten zuvor und insbesondere in den ersten drei Monaten des Jahres (3,2 %). Im Verlauf von 2025 war die Dienstleistungsteuerung von 4,0 % auf 3,5 % gefallen.

Dass sich die Dienstleistungsteuerung in den vergangenen Monaten nicht stärker abgeschwächt hat, dürfte teilweise auf die Folgen des Irankriegs zurückzuführen sein. Dabei wirken die gestiegenen Preise für Rohöl und Erdgas sowohl direkt auf einige Dienstleistungspreise – beispielsweise auf die Flugpreise und Pauschalreisen, die im August 2026 um 8,1 % bzw. 3,2 % zulegten – als auch indirekt über höhere Produktions- und Transportkosten. Auch die Anhebung des Mindestlohns um 8,4 % zu Jahresbeginn dürfte ein Faktor sein, insbesondere bei gering entlohnten und arbeitsintensiven Dienstleistungen.

Die Waren in der Kernrate haben sich im August 2026 etwas stärker verteuert als zuvor (1,9 % nach 1,5 %). Besonders stark verteuerten sich – wie im Vormonat – pharmazeutische Produkte mit 19,4 % (Juni 2026: 1,7 %), wodurch die Inflationsrate für sich genommen seit Juli 2026 um knapp 0,2 Prozentpunkte höher liegt. Entscheidend waren dabei rezeptpflichtige Medikamente für gesetzlich Versicherte mit einem Preisanstieg um 86,1 % gegenüber dem Vorjahr. Demgegenüber erhöhten sich die Preise für rezeptpflichtige Medikamente für Privatversicherte nur um 4,2 %. Ausschlaggebend dürfte der Wegfall von Erstattungen für homöopathische und anthroposophische Mittel sowie Cannabisblüten im Rahmen des am 30. Juli 2026 in Kraft getretenen GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes gewesen sein, obwohl die Krankenkassen wahlweise noch bis Ende des Jahres Erstattungen für homöopathische und anthroposophische Mittel aufrechterhalten können (Deutsches Ärzteblatt 2026).

Kraftstoffteuerung dominiert Anstieg der haushaltsspezifischen Inflationsraten

Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im August 2026 zwischen 2,0 % und 3,2 % (Tabelle 1 und Abbildung 3). Mit Ausnahme einkommensschwacher Alleinlebender, bei denen nur ein geringer Anteil der

Konsumausgaben auf Kraftstoffe entfällt, aber ein relativ hoher auf Nahrungsmittel und Haushaltsenergie, lagen die Inflationsraten recht nah beieinander. Am oberen Rand befanden sich wie im Vormonat einkommensstarke Alleinlebende. Hier fielen zwar die Kraftstoffe nicht besonders stark ins Gewicht, dafür aber einige der stark verteuerten Dienstleistungen wie Flugreisen, Pauschalreisen in der Kategorie Freizeit und Kultur, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (6,3 %), Gesundheitspflege (5,2 %) sowie Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (4,7 %). Kraftstoffe lieferten den höchsten Beitrag zu den Inflationsraten von Familien mit geringen oder mittleren Einkommen, und zwar 1,4 Prozentpunkte. Bei einkommensschwachen Haushalten machte dies die Hälfte der Inflationsrate aus.

Tabelle 1: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im August 2026

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,1	0,1	0,1	0,1
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,6	0,6	0,8	0,6
Haushaltsenergie	-0,1	0,0	-0,1	0,0
Kraft- und Schmierstoffe	1,4	1,4	0,5	0,9
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,3	0,3	0,2	0,3
Gesundheit	0,1	0,1	0,1	0,5
Freizeit und Kultur	0,1	0,2	0,1	0,3
Gastgewerbe	0,1	0,2	0,1	0,2
Andere Dienstleistungen, Bildung	0,2	0,3	0,2	0,3
Übrige Konsumausgaben	0,1	0,1	0,0	0,0
Inflationsrate in %	2,8	3,1	2,0	3,2

Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, mit hoher Unsicherheit behaftet.

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

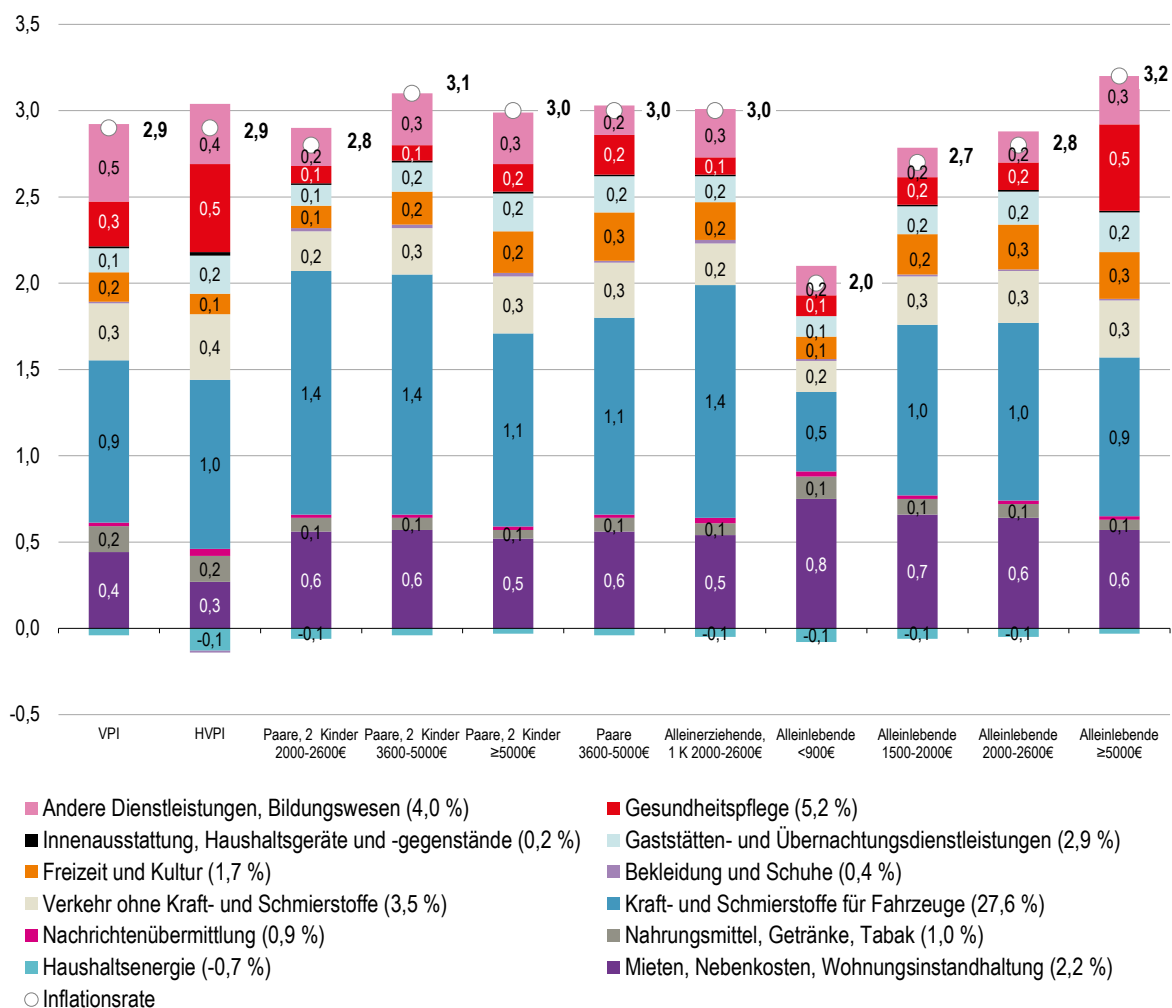


Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der zwölf zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.⁹ Die Legende enthält neben der Bezeichnung der Gütergruppen auch den jeweiligen Preisanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat.

⁹ Die zwölf Ausgabenpositionen weichen dabei von den zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die beiden Komponenten der Gütergruppe Energie gezielt auszuweisen. Daher wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Abteilungen 1 und 2 wurden als Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Verglichen mit den haushaltsspezifischen Inflationsraten vom Juli 2026 haben sich die haushaltsspezifischen Inflationsraten um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte erhöht, am stärksten bei den Familien mittleren Einkommens – Paare mit Kindern und Alleinerziehende. Ausschlaggebend war, dass der Beitrag der Kraftstoffe wie bei Familien mit geringem Einkommen um 0,2 Prozentpunkte höher ausfiel, aber der geringere Anstieg der Nahrungsmittelpreise kaum zu Buche schlug.

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im August 2026^{1,2}
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

¹ Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, sehr unsicher.

² Legende: Preissteigerungsraten in Klammern.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen (Tabelle A2 im Anhang).

HVPI-Inflation niedriger in Deutschland als im Euroraum

Die für die Geldpolitik besonders relevante Inflationsrate auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist in Deutschland im August 2026 ebenfalls von 2,8 % auf 2,9 % gestiegen (Abbildungen 1 und 3). Entscheidend war auch hier die stärkere Teuerung der Kraft- und Schmierstoffpreise (27,5 % nach 22,9 %), deren Inflationsbeitrag sich um knapp 0,2 Prozentpunkte erhöhte. Der Inflationsbeitrag von Energie insgesamt (Kraftstoffe und Haushaltsenergie) legte ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte zu, da der Inflationsbeitrag von Haushaltsenergie nahezu unverändert -0,13 Prozentpunkte betrug. Zugleich erhöhte sich der Inflationsbeitrag von Waren ohne Energie, Nahrungsmittel und Tabak (industrielle Güter ohne Energie) um reichlich 0,1 Prozentpunkte, während sich die Inflationsbeiträge von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak sowie von Dienstleistungen erneut verringerten, und zwar um knapp 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkte.

Im übrigen Euroraum dominierten ebenfalls die Energiepreise das Inflationsgeschehen, allerdings mit einem stärkeren Anstieg der Teuerungsrate von 10,3 % im Juli 2026 auf 14,3 % im August 2026 und einem korrespondierenden Anstieg des Inflationsbeitrags um 0,35 Prozentpunkte. Auch im Euroraum insgesamt verringerte sich die Teuerung bei Dienstleistungen, und zwar um 0,3 Prozentpunkte auf 3,0 %.

Weiterhin kein hinreichender Grund die Konjunktur zinspolitisch zu dämpfen

Der aktuelle Energiepreisschock schlägt sich weiterhin primär in direkte Effekte auf die Inflation in Deutschland und im Euroraum nieder: in den Energiepreiskomponenten Kraftstoffpreise und Heizöl einerseits und in den Preisen für Flüge und Pauschalreisen als Dienstleistungskomponenten der Kernrate andererseits. Indirekte Effekte durch den Anstieg der Produktions- und Transportkosten dürften zwar bereits dazu beigetragen haben, dass sich die Dienstleistungssteuerung im bisherigen Jahresverlauf nur wenig verringert hat, aber im August 2026 lag sie mit 2,8 % (VPI) in Deutschland und 3,0 % im Euroraum immerhin um 0,7 bzw. 0,4 Prozentpunkte niedriger als im Dezember 2025. In Deutschland ist der Anstieg der Inflation von 1,8 % im Dezember 2025 auf 2,9 % im August 2026 allein dem massiven Preisanstieg bei Kraftstoffen und Heizöl geschuldet. Ähnliches gilt bisher auch für den Euroraum insgesamt, wobei hier bereits auch die Preise von Gas und Strom merklich steigen.

Die Europäische Zentralbank kann den durch den Irankrieg ausgelösten Energiepreisschock durch Zinserhöhungen nicht wirksam bekämpfen. Dennoch hat sie im September die Finanzierungskosten für die ohnehin stark belastete Wirtschaft erneut erhöht. Richtig ist, dass der nun längere und kräftigere Energiepreisschock die indirekten Effekte – infolge höherer Transport- und Produktionskosten – sowie die Gefahr von Zweitrundeneffekten erhöht. Aktuell aber lässt die Lohndynamik nach und der Arbeitsmarkt schwächt sich ab. Die Teuerung bei Dienstleistungen hat sich im August verringert und die Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel ist im Euroraum gesunken. Die EZB muss angesichts des Energiepreisschocks zwar wachsam sein. Einen hinreichenden Grund, die Konjunktur durch Zinserhöhungen zusätzlich zu schwächen, gibt es derzeit aber nicht.

Kommt es nicht zu einer baldigen Entschärfung bei den Rohölpreisen und Raffineriemargen sollten die Regierungen des Euroraums Maßnahmen ergreifen, die dämpfend auf die allgemeine Preisentwicklung wirken und damit die Gefahr von Zweitrundeneffekten verringern (Dullien und Tober 2024a). Kommt es zu nennenswerten Zweitrundeneffekten, wären Zinserhöhungen tatsächlich gerechtfertigt und notwendig. Dann käme es aber nicht nur zu einer deutlichen Konjunkturuntrübung, sondern auch zu der widersinnigen Situation, in der die Regierungen erhebliche öffentliche Mittel zur Förderung der schwachen Investitionstätigkeit einsetzen, während die EZB die Investitionen zugleich über höhere Finanzierungskosten bremst.

Bereits in diesem Jahr haben mehrere Euroländer den Anstieg der Energiekosten durch temporäre Steuersenkungen abgemildert, darunter zwei Monate lang auch Deutschland mit dem Tankrabatt (Dullien, Rietzler und Tober 2026). In Deutschland wirken sich zudem die zu Jahresbeginn verringerten Netzentgelte noch positiv aus. Beide Maßnahmen haben den Vorteil, dass die gesamte Wirtschaft profitiert, womit nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Effekte des Preisschocks abgemildert werden. In Deutschland wäre bei anhaltend hohen Energiepreisen insbesondere eine erhöhte Subventionierung der Stromnetzentgelte sinnvoll, die derzeit noch rund ein Viertel der Stromkosten ausmachen, aber auch eine Neuauflage des Tankrabatts. Spanien hat mittlerweile sogar einen Automatismus eingeführt, durch den Energiepreisanstiege ab einem gewissen Schwellenwert eine weitere preiswirksame steuerliche Entlastung auslösen, und zwar bei Kraftstoffen, Strom und Gas (Council of Ministers 2026).

Bei Maßnahmen, die wie der Tankrabatt fossile Brennstoffe betreffen, wäre es dabei klima- und steuerpolitisch zielführend, die Intervention symmetrisch zu gestalten, indem Steuerbestandteile erhöht werden, wenn die Preise unter einen gewissen Schwellenwert sinken (Dullien und Tober 2022).

Die deutsche Regierung plant aktuell allerdings nicht eine inflationswirksame Entlastung, sondern wird die Inflation zu Jahresbeginn 2027 durch diskretionäre Maßnahmen deutlich erhöhen (Breuer et al. 2026). Damit steigt das Risiko weiterer Zinserhöhungen und eines abrupten Endes der aktuellen wirtschaftlichen Erholung.

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken. Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullen und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).¹⁰ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

¹⁰ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein, ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststättendienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Auf der Maur, A. / Kemmler, A. / Trachsel, T. (2022): Energiepreisentwicklung seit 2010 und Einordnung der CO₂-Preise durch das BEHG. In: Umweltbundesamt (Hrsg.): Wirkung des nationalen Brennstoffemissionshandels – Auswertungen und Analysen – Teilbericht. Dessau.
- Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2026): Erholung trotz Energiepreisschocks. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027. IMK Report 203. September.
- Council of Ministers (2026): [The Government of Spain updates measures to mitigate the effects of the war in the Middle East and raises its growth forecast to 2.6%](#), Madrid, 29. Juli.
- Deutsches Ärzteblatt (2026): [GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz in Kraft: Was sich für Praxen ändert](#). News. Berlin, 30. Juli
- Dullien, S. / Rietzler, K. / Tober, S. (2026): Temporärer Tankrabatt: Trotz Nachteilen vertretbar - Primärer Vorteil ist die Dämpfung der Inflation. IMK Policy Brief Nr. 214, Düsseldorf.
- Dullien, S. und S. Tober (2022), IMK Inflationsmonitor – Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022, IMK Policy Brief, 123.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): [IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023](#). IMK Policy Brief 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch](#). IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten](#). IMK Policy Brief 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend](#). IMK Policy Brief 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): [IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug](#). IMK Policy Brief 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen](#). IMK Policy Brief 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): [Energy Price Brakes and Tax Relief: Germany's Anti-Inflation Policies After the 2022 Terms-of-Trade Shocks](#). *Revue d'économie financière*, Nr. 153(1), S. 119-132.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): [IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024](#). IMK Policy Brief 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig](#). IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität](#). IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt](#). IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %](#). IMK Policy Brief 172, Juli.
- EEX (2026): [EEX successfully conducts first nEHS auction](#). EEX Pressemitteilung. European Energy Exchange, Leipzig, 2. Juli.
- Eurostat (2018): [Harmonised Index of Consumer Prices \(HICP\)](#). Methodological Manual. Luxemburg, November.
- IEA (2026a): [Oil Market Report - July 2026](#). International Energy Agency, Paris, 10. Juli.
- IEA (2026b): [Oil Market Report - August 2026](#). International Energy Agency, Paris, 10. Juli.
- Jung, L. / Schildknecht, J. / Gregor, L. / Haucap, J. (2026): [Predictable Prices, Higher Margins? Early Evidence on Germany's 12 o'clock Fuel Regulation](#). Mannheim, Düsseldorf, April.
- Kuik, F. / Lis, E. / Nickel, C. / Porqueddu, M. (2026): [From well to pump: how fuel prices are formed](#). ECB Blog, Europäische Zentralbank, Frankfurt/M., 31. Juli.
- Statistisches Bundesamt (2020a): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018](#). Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (2020b): *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte*. FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): *IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation?* IMK Policy Brief 114, Januar.
- Tober, S. (2023): *IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023*. IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): *IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau*. IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): *IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren*. IMK Policy Brief 182, November.
- Tober, S. (2024): *IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander*. IMK Policy Brief 183, Dezember.
- Tober, S. (2025a): *IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt*. IMK Policy Brief 184, Januar.
- Tober, S. (2025b): *IMK Inflationsmonitor: Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %*. IMK Policy Brief 187, Februar.
- Tober, S. (2025d): *IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im März 2025 auf 2,2 %, auch Kernrate sinkt weiter*. IMK Policy Brief 190, April.
- Tober, S. (2025e): *IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im April 2025 weiter auf 2,1 %, Kernrate durch Osterfeiertage verzerrt*. IMK Policy Brief 191, Mai.
- Tober, S. (2025f): *IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Mai 2025 bei 2,1 %, Anstieg der Dienstleistungspreise deutlich verringert*. IMK Policy Brief 192, Juni.
- Tober, S. (2025g): *IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2025 auf 2,0 %, erneut schwächerer Preisauftrieb bei Dienstleistungen*. IMK Policy Brief 194, Juli.
- Tober, S. (2025h): *IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2025 erneut bei 2 %, harmonisierte Rate sinkt auf 1,8 %*. IMK Policy Brief 195, August.
- Tober, S. (2025i): *IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im August auf 2,2 %, Energiepreise dämpfen deutlich weniger*. IMK Policy Brief 198, September.
- Tober, S. (2025j): *IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im September auf 2,4 %, vorübergehende Effekte dominieren*. IMK Policy Brief 199, Oktober.
- Tober, S. (2025k): *IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Oktober auf 2,3 %, Preisauftrieb bei Dienstleistungen weiterhin kräftig*. IMK Policy Brief 199, November.
- Tober, S. (2025l): *IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im November bei 2,3 %, deutsche Rate verhindert Rückgang der Euroraum-Inflation*. IMK Policy Brief 206, Dezember.
- Tober, S. (2026a): *IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im Dezember 2025 auf 1,8 %, Jahresrate 2025 mit 2,2 % ebenfalls nah am EZB-Ziel*. IMK Policy Brief 208, Januar.
- Tober, S. (2026b): *IMK Inflationsmonitor: Deutsche Inflation steigt im Januar 2026 auf 2,1 %, Euroraum-Inflation mit 1,7 % deutlich niedriger*. IMK Policy Brief 209, Februar.
- Tober, S. (2026c): *IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise bereits im Februar spürbar gestiegen, deutsche Inflation sinkt dennoch auf 1,9 %*. IMK Policy Brief 210, März.
- Tober, S. (2026d): *IMK Inflationsmonitor: Heizöl- und Kraftstoffpreise lassen deutsche Inflation im März 2026 auf 2,7 % schnellen*. IMK Policy Brief 212, April.
- Tober, S. (2026e): *IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise treiben deutsche Inflation im April 2026 auf 2,9 %*. IMK Policy Brief 216, Mai.
- Tober, S. (2026f): *IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2026 auf 2,3 %, niedrigerer Rohölpreis verdeutlicht EZB-Fehlentscheidung*. IMK Policy Brief 220, Juli.
- Tober, S. (2026g): *IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im Juli 2026 auf 2,8 %, Kraftstoffpreise dominieren, Nahrungsmittelteuerung gering*. IMK Policy Brief 221, August.
- Umweltbundesamt (2022): *CO₂-Emissionsfaktoren für fossile Brennstoffe – Aktualisierung 2022*. Climate Change 28/2022, Dessau.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
